

Bonn als Dienstort der Vereinten Nationen

Volker Weyel

Ob 2011 »die blaue Flagge der Vereinten Nationen« in Bonn »verstärkt« wehte, mag unter physikalischen wie sprachlichen Gesichtspunkten dahingestellt bleiben. Bezugspunkt der von **Nina Simone Hürter** und **Sebastian Bruns** herausgegebenen Publikation unter dem modisch-beliebigen Titel ›Nachhaltig ins 21. Jahrhundert‹ ist jedenfalls die Übergabe des ›Hauses Carstanjen‹ an UN-Generalsekretär Boutros Boutros-Ghali durch die Bundesregierung, darunter Umweltministerin Angela Merkel, am 20. Juni 1996 (VN, 4/1996 S. 151). Das geschah auf den Tag genau fünf Jahre nach der Entscheidung des Bundestags, seinen Sitz und den Kernbereich der Regierungsfunktionen nach Berlin zu verlegen.

Die ›alte‹ Bundesrepublik und die DDR haben kaum länger als vier Jahrzehnte bestanden. Fast zwei weitere Jahrzehnte sind mittlerweile seit der Verabschiedung des ›Berlin/Bonn-Gesetzes‹ am 26. April 1994 ins Land gegangen. Dieses legte die Aufgabenverteilung zwischen der Bundeshauptstadt Berlin und der – so der weithin belächelte Placebo-Titel – ›Bundesstadt‹ Bonn fest. Der damaligen Parlamentsentscheidung wird von Lokalpolitikern und den Bundestagsabgeordneten aus der Region Ewigkeitswert zugesprochen. Dabei hatte sich der Bund auf durchaus noble Art aus Bonn verabschiedet, nicht zuletzt mit Ausgleichsmitteln im Umfang von 2,81 Milliarden DM, was in der Zeit vor der Euro-Krise als hübsche Summe gelten konnte. Die Mittel kamen auch dem Umland zugute und ermöglichten beispielsweise das architektonische Glanzstück des Arp-Museums am Bahnhof Rolandseck und die Errichtung der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg mit den Standorten Hennef, Rheinbach und Sankt Augustin.

Bestandteil des ›Ausgleichs‹ für Bonn war zudem, dass die Stadt zum Dienstort der UN wurde. Dabei war es weniger um die Weltorganisation gegangen als vielmehr darum, der ehemaligen Hauptstadt eine standesgemäße Kompensation zukommen zu lassen. Versuche, das UN-Entwicklungsprogramm und UNICEF für Bonn zu gewinnen, scheiterten. Schließlich wurde als eine Art Trostpreis das Freiwilligenprogramm UNV von Genf nach Bonn verlagert. Unter beträchtlichem politischem und finanziellem Einsatz der Bundesregierung zogen dann – nicht immer zur Freude aller Bediensteten – nach und nach verschiedene UN-Einrichtungen nach Bonn. Auch mehrere neugegründete Organe nahmen dort ihren Sitz, was in dem Band ausführlich dargestellt wird. Nicht aufgeworfen wird die Frage, ob die sei-

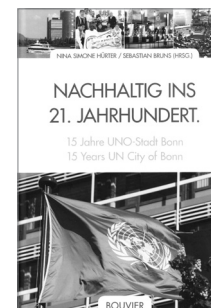
nerzeit nach Bonn umgesiedelten oder dort neu entstandenen Organisationen nicht in einem gewachsenen und breiten internationalen Umfeld wie in Genf besser aufgehoben gewesen wären.

Für die Stadt Bonn hatte die UN-Präsenz nichtintendierte Konsequenzen in Gestalt des wohl größten kommunalen Desasters der Nachkriegszeit. Um angemessene Tagungsmöglichkeiten zu offerieren und dadurch den Standort Bonn zu festigen, wurde der Bau eines Konferenzentrums einschließlich eines Hotels in Angriff genommen. Die Stadtverwaltung saß allerdings einem Investor ohne Eigenkapital auf; der südkoreanische ehemalige Auftragnehmer der US Army täuschte eine Verbindung zum Automobilbauer Hyundai vor. Der Bau ging 2012 unvollendet in seinen vierten Winter; die juristische Aufarbeitung des Komplexes ›World Conference Center Bonn‹ (WCCB) wird noch einige Zeit in Anspruch nehmen.

In der vorliegenden Publikation wird der Fall WCCB nicht verschwiegen, es wird verständlicherweise aber auch nicht näher darauf eingegangen. Im Vordergrund stehen Berichte von Zeitzeugen und Selbstdarstellungen von Organisationen. Die vier Teile haben die ›Entwicklung der UNO-Stadt Bonn‹, die ›UNO-Landschaft in Bonn‹, die ›Internationalität der Region Bonn‹ sowie eine chronologische Übersicht zum Gegenstand. Die deutschsprachigen Beiträge werden durch ein knappes englisches Resümee ergänzt; die englischsprachigen Aufsätze allerdings haben keine deutsch-, sondern ebenfalls eine englischsprachige Zusammenfassung. Auch Stilblüten finden sich: eine Kapitelüberschrift lautet tatsächlich ›Deutsche Demokratiegeschichte meets International Community and Global Business‹.

In dem Band enthalten sind grundsätzliche Darstellungen wie die über das Sitzstaatabkommen zwischen dem UNV und der Bundesregierung von Wolfgang Münch und Thomas Bruha. Zudem findet man Berichte aus erster Hand wie die von Harald Ganns, Günter Bonnet oder Manfred Kulesa; sie benennen auch die Probleme bei der Umsetzung und Ausgestaltung des Konzepts. Insgesamt sind viele zeitgeschichtlich interessante Details zu entdecken. Darin und in der aktuellen Bestandsaufnahme liegt der Wert dieses Sammelbands.

Ein großer UN-Dienstort ist Bonn mit seinen nicht einmal tausend internationalen Bediensteten nicht geworden; weiteres Wachstum wird, worauf Ganns hinweist, sich voraussichtlich nicht im Bereich der großen Zahlen abspielen.



Nina Simone Hürter/
Sebastian Bruns
(Hrsg.)

**Nachhaltig ins
21. Jahrhundert.
15 Jahre UNO-Stadt
Bonn. 15 Years
UN City of Bonn**

Bonn: Bouvier 2011
VI+274 S., 28,00 Euro